Lokale Agenda 21 Freiburg

Projektgruppe Beteiligungshaushalt

Der Freiburger Beteiligungshaushalt 2008

Eine Zwischenbilanz

Wer ist die Projektgruppe Beteiligungshaushalt?

1996 beschloss der Freiburger Gemeinderat, in einem gemeinsamen Beratungsprozess von Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft eine „Lokale Agenda 21“ zu erarbeiten, ein Handlungsprogramm, das Freiburg in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll. Im Rahmen dieses lokalen „Agenda-Prozesses“ wurden vielfältige Aktivitäten entwickelt; 2004 gründete sich die Projektgruppe Beteiligungshaushalt. Diese informierte über die in Porto Alegre (Brasilien), in verschiedenen europäischen Ländern und auch in Deutschland laufenden Beteiligungshaushalte und warb bei den Freiburger Gemeinderatsfraktionen für einen Freiburger Beteiligungshaushalt, den der Gemeinderat schließlich im Oktober 2007 beschloss. So, wie bundesweit der Beteiligungshaushalt parteiübergreifend als ein interessanter Weg angesehen wird (in Berlin-Lichtenberg wurde er von der PDS angestoßen, in Hamburg ist die CDU federführend), ist auch die Projektgruppe bunt zusammengesetzt. Die Mitglieder der Projektgruppe, teils seit 2004 dabei, teils später dazugestoßen, sind parteiunabhängig oder stehen den verschiedensten parteipolitischen Richtungen nahe; das Spektrum reicht von Linker Liste über SPD und Grüne bis zur CDU.

Hannegret Bauss, Bündnis 90/Die Grünen, Nachhaltigkeitsrat der Lokalen Agenda 21 Freiburg

Annette Brox

Franz Albert Heimer, Bündnis 90/Die Grünen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Nachhaltigkeitsrat der Lokalen Agenda 21 Freiburg

Marc Ludwig, SPD Freiburg

Michaela Lüther, Linke Liste – Solidarische Stadt

Markus Meyer, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Freiburg

Walter Moser, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Ortsgruppe Freiburg

Anne Reyers, ver.di-Ortsverein Freiburg, Brasilieninitiative Freiburg e.V.

Christine Schmidt

Kai Schröder-Klings, SPD Freiburg

Ulrike Schubert, Linke Liste – Solidarische Stadt, ver.di-Bezirksfrauenrat

Daniela Ullrich, Frauen-STEP, Nachhaltigkeitsrat der Lokalen Agenda 21 Freiburg

Impressum

Herausgegeben von der Projektgruppe Beteiligungshaushalt
der Lokalen Agenda 21 Freiburg

c/o Franz-Albert Heimer
Breslauer Str. 17
79189 Bad Krozingen

Tel.: 07633/ 90 79 331
Tel.: 07633/ 15 13 8 (AB)
Email: heimerFA@aol.com

Januar 2009

Inhalt

1 Zusammenfassung in Stichworten 5
2 Einleitung 7
3 Darstellung des Verfahrens 9
3.1 Gremien 9
3.2 Ablauf 10
4 Stellungnahme zum Verfahren – Stärken und Schwächen 12
4.1 Gesamteinschätzung 12
4.2 Gremien 13
4.3 Mobilisierungs- und Informationsphase 15
4.4 Konsultationsphase 20
4.5 Dokumentation und Beratung im Gemeinderat 23
4.6 Rechenschaftsphase 23
5 Empfehlungen 24
5.1 Kurzfristige Empfehlungen (für die letzte Phase dieses Durchgangs) 24
5.2 Mittelfristige Empfehlungen (für die nächsten Durchgänge) 24
5.2.1 Organisation und Gestaltung 24
5.2.2 Informationsphase 27
5.2.3 Beteiligungsphase 28

1 Zusammenfassung in Stichworten

Vorgeschichte

- 2003 Impuls durch Besucher aus Porto Alegre
- 2004 Gründung der Agenda 21-Projektgruppe Beteiligungshaushalt
- 2007 Gemeinderatsbeschluß zur Durchführung eines Beteiligungshaushaltes
- 2007 Beginn des Beteiligungshaushaltes mit der Bürgerumfrage im November

Aufbau

- Gremien: Verwaltungs-AG, externe ModeratorInnen, gemeinderätliche Begleitgruppe, Runder Tisch, Jugendbegleitgruppe, Agenda 21-Projekgruppe
- Ablauf: Mobilisierungs- und Informationsphase, Konsultationsphase, Diskussion und Beschluß im Gemeinderat, Selbstevaluation, Rechenschaftsphase

Bewertung

Im Rahmen der von Gemeinderat und der Verwaltung gesetzten Grenzen ist sehr viel erreicht worden. Eine große Vielfalt an Informationswegen und eine Auswahl an Beteiligungsangeboten standen zur Verfügung, die bereits leicht über die sonst in solchen Verfahren aktive Mittelschicht hinaus Menschen ansprechen konnte. Allerdings zeigte sich das gesamte Verfahren noch zu wenig dialogorientiert. Es war ein erster Durchlauf, ein Experiment, daher auch mit gelungenen und nicht gelungenen Aspekten: ein erster Schritt, auf dem aufgebaut werden kann.

Empfehlungen

Kurzfristige Empfehlungen

- Ernsthaft mit den Bürgervorschlägen umgehen: sorgfältige Rechenschaftsphase
- Öffentliche Debatte über die Gestaltung des bisherigen und des nächsten Beteiligungshaushaltes: gemeinsam die Stärken würdigen und aus den Fehlern lernen
- Rechtzeitiger Beschluß im Gemeinderat darüber

Mittelfristige Empfehlungen

- **Organisation und Gestaltung**: mehr Zeit, mehr Personal, Fortbildung des Personals, Zivilisierung der Konfliktaustragung, Leitlinien des Beteiligungshaushaltes, Öffnung für Jugendliche, bessere Verzahnung mit dem Gemeinderat
- **Informationsphase**: verständlicher gestalten, in kräftigerer Schrift und Farben, mehrsprachig und barrierefrei. Bessere Verteilung durch intensivere Pressearbeit und verstärkte Einbeziehung des Runden Tisches
- **Beteiligungsphase**: Mischung der drei Instrumente beibehalten, sie aber auf konkrete öffentliche Leistungen umpolen, besser verzahnen, den Versammlungen den Vorrang geben und sie in Stadtbezirken und Stadtteilen durchführen

2 Einleitung

Der erste Freiburger Beteiligungshaushalt ist beinahe vollzogen. Die Projektgruppe Beteiligungshaushalt der Lokalen Agenda 21 in Freiburg wirkte in allen Phasen intensiv an dem Verfahren mit. Dies nehmen wir zum Anlass, aus unserer Sicht eine erste Bilanz zu ziehen.

Zu Beginn stellen wir zunächst kurz das Verfahren vor, um daran anschließend Stellung zu beziehen und die Stärken und Schwächen dieses ersten Durchlaufes aufzuzeigen. Unsere Ausführungen münden schließlich in Empfehlungen für die weitere Entwicklung des Freiburger Beteiligungshaushaltes.

Unsere Einschätzung resultiert aus zahlreichen Gesprächen und Beobachtungen. Wir verbinden mit ihr keinen Absolutheitsanspruch, sondern sehen sie als eine Momentaufnahme an. Schon bisher waren wir mit zahlreichen Freiburger Akteuren im Gespräch, und die hier vorgelegte Einschätzung möchten wir bei künftigen Gesprächen als Diskussionsgrundlage einbringen. Konstruktive – positive wie kritische – Rückmeldungen zu dieser Zwischenbilanz sind uns herzlich willkommen, gerne auch durch Mitarbeit in unseren Reihen.

Bevor wir uns nun dem Beteiligungshaushalt 2008 zuwenden, wollen wir Ihnen einen kurzen Überblick verschaffen über den weiten Weg, der zurückgelegt werden musste, um dahin zu kommen, wo wir uns heute befinden.

1996 beschloss der Freiburger Gemeinderat, in einem gemeinsamen Beratungsprozess von Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft eine 'Lokale Agenda 21' zu erarbeiten, ein Handlungsprogramm, das Freiburg in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll.

Den Anstoß für das Thema Beteiligungshaushalt gab im Jahr **2003** eine Veranstaltungsreihe, die von der Stuttgarter entwicklungspolitischen Organisation KATE[1] federführend organisiert wurde: zwei Vertreter der Pionierkommune Porto Alegre (Brasilien), ein ehemaliger Bürgermeister und ein Vertreter einer Nichtregierungsorganisation, wurden nach Deutschland eingeladen. Sie stellten in zahlreichen Kommunen das Modell „*orçamento participativo*" (Beteiligungshaushalt) vor.[2] Die Freiburger Station wurde von der Lokalen Agenda 21, der Evangelischen Fachhochschule (EFH) und der Brasilieninitiative Freiburg e.V. organisiert. Der motivierende Vortrag stieß im Publikum, in dem sich auch sieben GemeinderätInnen mehrerer Fraktionen befanden, auf große Resonanz.

Im Jahr **2004** fand an der Evangelischen Fachhochschule das 'Regionale Sozialforum' statt, und in diesem Rahmen ein Workshop zum Thema Beteiligungshaushalt. Dort referierte der brasilianische Soziologe Clovis Zimmermann über das Modell Porto Alegre. Aus diesem Workshop heraus entstand die Projektgruppe Beteiligungshaushalt, an der auch GemeinderätInnen aus drei Gemeinderatsfraktionen mitwirkten.

Die Projektgruppe informierte sich intensiv über die Modelle der Beteiligungshaushalte von Porto Alegre und verschiedenen europäischen Ländern[3] sowie der deutschen Vorreiter.[4] Zu dieser Lektüre kamen Vortragsveranstaltungen mit auswärtigen Referenten, z.B. Oberbürgermeister Dietz aus Rheinstetten bei Karlsruhe, wo seit mehreren Jahren die Bürgerschaft an der Erstellung des Haushalts beteiligt ist. Zunächst hatte die Projektgruppe dabei die Absicht, im Gespräch mit möglichst vielen Akteuren ein eigenes Modell zu entwickeln, das für Freiburg vorgeschlagen werden sollte. Daneben suchte sie das Gespräch mit verschiedenen Freiburger Gruppierungen. Ein Workshop mit dem brasilianischen Referenten Antônio Andri-

[1] www.kate-stuttgart.org

[2] www.ongcidade.org (portugiesisch, mit englischer Version);
http://de.wikipedia.org/wiki/Beteiligungshaushalt

[3] www.buergerhaushalt-europa.de

[4] www.buergerhaushalt.de

oli sollte uns helfen, ein Modell zu entwickeln. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Erarbeitung eines eigenen Modells die Arbeitskapazität der ehrenamtlichen Gruppe überstieg.

Die Projektgruppe konzentrierte sich aus diesem Grunde darauf, die politische Grundsatzentscheidung anzuregen, um die Entwicklungsarbeit den Hauptamtlichen der Stadtverwaltung zu übertragen. Dazu stellte sie die wichtigsten Argumente und Beispiele zusammen, vor allem das „Berliner Modell", das die dortigen fünf parteinahen Stiftungen unter Federführung der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeitet hatten.[5] Ergänzend dazu wurden Gespräche mit allen (damals sechs)Fraktionen bzw. Gruppen im Gemeinderat geführt.

Parallel zu dieser Überzeugungsarbeit vollzog sich im Laufe des Jahres **2006** in Freiburg eine immer heftiger geführte Debatte über die Frage des Verkaufs der städtischen Wohnungen, um damit den städtischen Haushalt zu entschulden. Diese Debatte mündete schließlich in einen Bürgerentscheid im Herbst, der entgegen dem Willen der Verwaltungsspitze und der Gemeinderatsmehrheit gegen einen Verkauf ausfiel. Im Verlauf dieser Debatte stieg das Interesse in der Bürgerschaft an Fragen des Kommunalhaushalts deutlich an. So zeigte sich im Dezember 2006 der Freiburger Oberbürgermeister gegenüber der Idee eines Beteiligungshaushaltes sehr aufgeschlossen und im **Januar 2007** wurde das letzte Fraktionsgespräch abgeschlossen. Fünf Fraktionen bzw. Gruppen befürworteten einen Versuch, und in den Gesprächen zur Vorbereitung eines interfraktionellen Antrags fand sich ein Kompromiss, den alle Fraktionen bzw. Gruppen mittrugen.

Im **Mai 2007** schließlich beauftragte der Gemeinderat mit diesem inter-fraktionellen Antrag einstimmig die Stadtverwaltung damit, ein „Freiburger Modell" zu entwerfen. Dieses sollte die Grundlage für einen Gemeinderatsbeschluss zum Beteiligungshaushalt sein. Es folgten

- eine intensive konzeptionelle Arbeit im Rathaus und mit externen ModeratorInnen, begleitend zahlreiche (manchmal konfliktreiche) Gespräche im außerparlamentarischen Raum,
- die Antragstellung bei der Landesstiftung Baden-Württemberg, die auch einen erheblichen Zuschuss zu diesem Verfahren bewilligte (150.000 Euro), darin sollten modellhaft die Grundsätze des „Gender budgeting" berücksichtigt werden,
- ein gut besuchtes öffentliches „Expertenhearing" im September (an zentraler Stelle im Historischen Kaufhaus veranstaltet) mit Fachleuten aus Hamburg bzw. von der Landeszentrale für politische Bildung,
- die endgültige Abstimmung im Gemeinderat im **Oktober 2007**.

Bereits im **November 2007** begann das Beteiligungsverfahren zum Haushalt 2009/ 2010 mit einer Bürgerumfrage. Eine kurze Schilderung des Verfahrens findet sich im nächsten Kapitel.

[5] http://www.bpb.de/veranstaltungen/VP1J4W,0,0,B%FCrgerhaushalt_in_Gro%DFst%E4dten.html

3 Darstellung des Verfahrens

In diesem Kapitel sollen die formalen Bedingungen für den Beteiligungshaushalt erläutert werden.

3.1 Gremien

Organisatorisch tragen den Freiburger Beteiligungshaushalt

- eine **verwaltungsinterne**, ressortübergreifende **Arbeitsgruppe**, geleitet von der persönlichen Referentin des OB, gebildet Oktober 2007 unmittelbar nach dem Gemeinderatsbeschluss,
- externe **ModeratorInnen** (hauptamtliche wie ehrenamtliche) für die Gesamtplanung und die meisten Arbeitsschritte,[6] dazu Online-ModeratorInnen für die Bausteine Haushaltsrechner/Online-Foren,[7]
- eine **Begleitgruppe** Beteiligungshaushalt, die aus ca. 12 VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, der verwaltungsinternen AG, den ModeratorInnen und der PG Beteiligungshaushalt der Lokalen Agenda zusammengesetzt ist. Ihre Aufgabe ist die Mitwirkung an der Planung sowie die Beobachtung und Bewertung des Verfahrens. Für diese Gruppe ist die Stadtverwaltung organisatorisch zuständig, die persönliche Referentin des OB leitet die Sitzungen,
- ein „**Runder Tisch** Beteiligungshaushalt“, bei dem über 30 VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche über das Verfahren informiert werden und diese Informationen an ihre Organisationen weitergeben. Auch diese Gruppe wird von der Stadtverwaltung ausgerichtet,
- eine **Jugendbegleitgruppe**, die an einer hohen Beteiligung der Freiburger Jugend am Beteiligungshaushalt arbeitet. Hier engagieren sich junge Menschen aus verschiedenen Partei-Jugendorganisationen ebenso wie aus nicht parteigebundenen Organisationen wie dem Schülerrat, ergänzt durch VertreterInnen von Organisationen wie z. B. dem Stadtjugendring oder einzelnen Jugendzentren. Diese Jugendbegleitgruppe wurde zunächst durch „Junges Freiburg“ koordiniert, inzwischen durch das Jugendbüro Freiburg (in Trägerschaft des Jugendbildungswerks, im Haus der Jugend angesiedelt),[8]
- die **Projektgruppe Beteiligungshaushalt** des Freiburger Agenda 21-Prozesses, die den von ihr angestoßenen Prozess im Hintergrund beobachtet, kritisch reflektiert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine fördernde, vermittelnde Rolle einnimmt.

[6] www.cg-konzept.de

[7] www.tutech.de

[8] www.jugendimhaushalt.jump-on.de

3.2 Ablauf

Mobilisierungs- und Informationsphase

In dieser Phase wurde Öffentlichkeitsarbeit für das Beteiligungsverfahren und Information über den städtischen Haushalt geleistet. Dafür wurden folgende Mittel eingesetzt:

- ein *Infobus* Samstags in den Stadtteilen (auf den Wochenmärkten), mit über einem Dutzend Terminen,
- *Informationsveranstaltungen*, darunter drei dezentrale in den Stadtteilen Zähringen, Mooswald und Weingarten, sowie zwei zentrale zu den Themen Gender budgeting und Jugend,
- *Information von Multiplikatoren* (über Gespräche, über den Runden Tisch, über Versand von Plakaten),
- ein eigenes *Logo* für das Beteiligungsverfahren,
- eine *Straßenbahn*, die zum Beteiligungshaushalt beschriftet wurde,
- *Flyer* und *„Brettlektüre“* in den Bussen und Bahnen der Verkehrs AG,
- Information auf den städtischen *Internetseiten*[9] (und einer eigenen Internetseite[10] für die Online-Diskussion),
- *Plakate* (an Haltestellen, Litfaßsäulen),
- eine 20seitige *Broschüre* über den städtischen Haushalt, als Beilage zum Amtsblatt,
- Berichterstattung im Amtsblatt und freien Medien (Badische Zeitung, Wochenblätter etc.),
- *Aufdruck des Logos* auf die städtische Korrespondenz (über Frankiermaschine),
- Mundpropaganda,
- Information über die Gemeinderatsfraktionen in ihre Parteien hinein,
- Veranstaltungen einzelner Parteien und Organisationen,
- Information über den Email-Verteiler der Agenda-Projektgruppe.

Konsultationsphase

Für die Beratung über die Prioritäten der Bürgerschaft standen drei Wege zur Verfügung

- Befragung (mit veränderter Version der regulären Bürgerumfrage),
- Online-Haushaltsrechner verbunden mit Online-Diskussionsforen, nach Hamburger Vorbild,
- Stadtkonferenz (moderierte Diskussion zu den verschiedensten Haushaltsthemen, die in Vorschlägen an den Gemeinderat mündet),
- viele städtische Aktivitäten von Bürger-Organisationen: so die Umfrage und die zwei „Beteiligungscafés“ in Weingarten, öffentliche Veranstaltungen von Parteien und Verbänden.

[9] www.freiburg.de

[10] www.beteiligungshaushalt.freiburg.de

Übergabe an und Diskussion im Gemeinderat

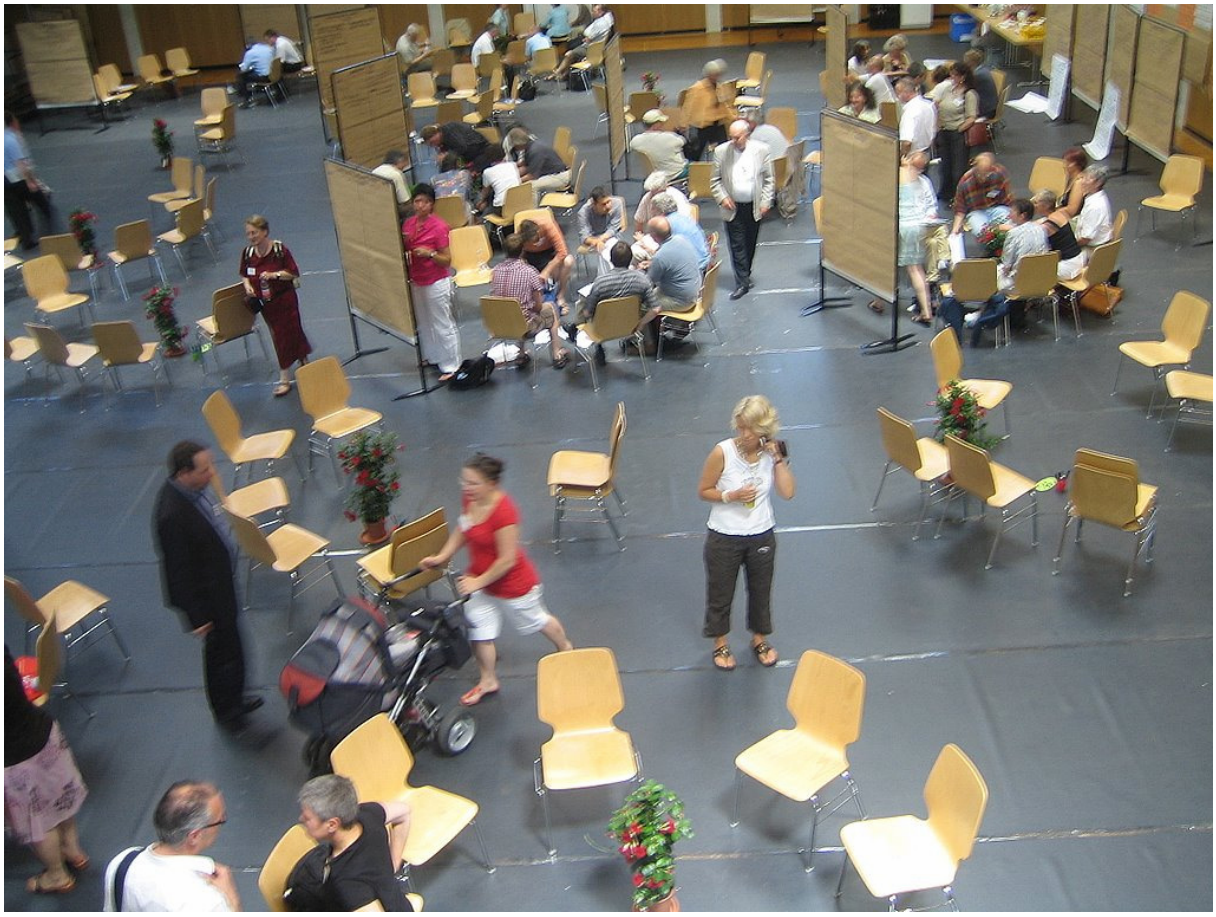
- Eine Verwaltungsvorlage mit umfangreicher Dokumentation der Beteiligungsergebnisse wurde am 16. September 2008 in den Gemeinderat eingebracht, gemeinsam mit dem Haushaltsentwurf.
- Die erste Lesung der Haushaltsdebatte am 29. September hatte einen öffentlichen Teil eigens zur allgemeinen Aussprache der GemeinderätInnen über Ergebnisse und Verfahren des Beteiligungshaushaltes.
- Der endgültige Beschluss des Gemeinderates über den städtischen Haushalt 2009/ 2010 erfolgte Mitte Dezember 2008.

Selbstevaluation

Eine offizielle Selbstevaluation des Verfahrens ist im Januar/ Februar 2009 durch die Stadt und unabhängige ModeratorInnen geplant.

Rechenschaft

Eine Berichterstattung über den Prozess und über den Umgang des Gemeinderats mit den Ergebnissen soll danach erfolgen, mit mehreren Seiten im Amtsblatt.



4 Stellungnahme zum Verfahren – Stärken und Schwächen

Auf der Grundlage der oben skizzierten Aktivitäten zum Beteiligungshaushalt möchten wir aufzeigen, was aus unserer Sicht die Stärken und Schwächen des ersten Durchlaufs waren. Grundlage dafür ist unsere eigene Beobachtung des Verfahrens: Mitglieder der Projektgruppe waren in fast allen Gremien und bei allen Phasen des Verfahrens anwesend. Diese Skizze kann nur ein erster Anlauf zur Bewertung sein, die mit weiteren Gesprächen und Beobachtungen vertieft werden muss.

4.1 Gesamteinschätzung

Im Rahmen der von Gemeinderat und der Verwaltung gesetzten Grenzen ist sehr viel erreicht worden. Eine große Vielfalt an Informationswegen und eine Auswahl an Beteiligungsangeboten standen zur Verfügung, die bereits leicht über die sonst in solchen Verfahren aktive Mittelschicht hinaus Menschen ansprechen konnte. Allerdings zeigte sich das gesamte Verfahren noch zu wenig dialogorientiert. Es war ein erster Durchlauf, ein Experiment, daher auch mit gelungenen und nicht gelungenen Aspekten: ein erster Schritt, auf dem aufgebaut werden kann.

Als Ursachen für diesen Stand der Dinge sehen wir folgendes:

Gunstfaktoren

- der Konsens im Gemeinderat, das Verfahren zu beginnen, und dessen kreative Begleitung des Prozesses,
- das Interesse der Verwaltungsspitze am Verfahren, das als eine Lösungsmöglichkeit für bestimmte kommunalpolitische Konflikte gesehen wird,
- die hochrangige Ansiedlung als „Chefsache“ bei der persönlichen Referentin des Oberbürgermeisters,
- die erheblichen Personalressourcen, die in den Prozess investiert wurden,
- das hohe Engagement des Teams aus Verwaltungskräften und ModeratorInnen,
- die kritisch-wohlwollende Berichterstattung in der größten Lokalzeitung.

Hemmfaktoren

- der enge Zeitrahmen, der das Team aus Verwaltungskräften und ModeratorInnen unter erheblichen Zeitdruck stellte,
- die Tatsache, dass dies der erste Durchlauf war, weshalb alle Beteiligten mit dieser Art Verfahren noch keinerlei Erfahrung hatten, also der experimentelle Charakter dieses Durchlaufs,
- die Heftigkeit mancher kommunalpolitischen Konflikte, die in die Diskussion über die Gestaltung des Beteiligungshaushaltes hineinragten und dazu beitrugen, dass Rat und Verwaltung dem Verfahren gewisse Einschränkungen auferlegten. Es wurde spürbar, dass die Verwaltung Angst vor Auseinandersetzungen hatte und auf vielfache (verständliche, aber nicht immer zielführende) Weise versuchte, Eskalationen zu verhindern,

- das erst teilweise erkennbare grundsätzliche Umdenken in Richtung „Bürgerkommune“; noch waren Berührungsängste und Unsicherheiten bei Mitgliedern von Verwaltung und Gemeinderat zu beobachten,
- die Einschränkung des Beteiligungsgegenstands auf die Ausgabenseite, die von einer Reihe von Akteuren als Zumutung empfunden wurde,
- der enge Finanzrahmen, der eine Antragstellung bei der Landesstiftung Baden-Württemberg notwendig machte, dies belastete das Verfahren zusätzlich mit dem neuen und anspruchsvollen Thema Gender budgeting.

4.2 Gremien

Verwaltungsinternes „Team Beteiligungshaushalt“

Stärken

- Bemerkenswerte Personenzahl (ca. 12 MitarbeiterInnen aus OB-Dezernat, Kämmerei, Presse- und Informationsamt),
- Federführung hochrangig angesiedelt bei der persönlichen Referentin des Oberbürgermeisters,
- Es wird sichtbar, dass die Verwaltung viel Arbeitszeit, Kompetenz und Kreativität in den Prozess investiert, das Team ist sehr engagiert bei der Sache.

Schwächen

- Unter erheblichem Zeitdruck stehend, da zwangsläufig recht spät gebildet,
- Sprachlich noch zu sehr dem Verwaltungsjargon verhaftet, generell sehr im Verwaltungsdenken verankert,
- In den Konflikten über die Gestaltung des Verfahrens nicht immer souverän und deeskalierend wirkend,
- Teilweise wurde das Verfahren stark kontrolliert – das Verfahren als offenen Prozess zu gestalten, scheint für die Verwaltung noch schwer vorstellbar,
- Eine motivierende, begeisternde Ansprache der BürgerInnen fehlte,
- Auf manche Anfragen wurde nicht angemessen reagiert. So wurde zum Beispiel - nach Angaben des Stadttheaters - ein für einen anderen Zweck vorgesehener Text des Theaters im Rahmen der Online-Diskussion für dessen Darstellung verwendet (Patzer der Online-Moderation?) und auch auf Bitten des Theaters nicht ausgetauscht.

ModeratorInnen

Stärken

- Professionell, sehr engagiert,
- Über den finanziellen Rahmen hinaus aktiv,

- Haben in Zusammenarbeit mit dem Team Beteiligungshaushalt ein sehr durchdachtes und vorausschauendes Konzept für das Verfahren entwickelt, das viele Eventualitäten berücksichtigte.
- In der Stadtkonferenz gelang ihnen eine insgesamt effektive und von konstruktiver, wohlwollender Atmosphäre geprägte Veranstaltung.

Schwächen

- Planung und Durchführung litt unter Zeitdruck und der hohen Zahl und Vielfalt an Akteuren, mit denen das Projekt abzustimmen war.

Begleitgruppe

Stärken

- Mit diesem Gremium wurde eine Möglichkeit geschaffen, das Verfahren laufend mit dem Gemeindeparlament zu verbinden; VertreterInnen aller Fraktionen nahmen teil.
- Diese Begleitgruppe bezog auch BürgerInnen mit ein, wie auch zwei VertreterInnen der Projektgruppe Beteiligungshaushalt der Lokalen Agenda.
- GemeinderätInnen und BürgerInnen werden über den Fortgang der Planung und Vorbereitung informiert; hier ist relativ viel Information geflossen.
- Viele Aspekte wurden diskutiert und die TeilnehmerInnen auch in einige der Entscheidungen eingebunden.
- Oft gelang dies in einer Atmosphäre gegenseitiger Wertschätzung.
- Damit ließ sich die Verwaltung relativ weit in ihre laufende Arbeit „hineinreden“.

Schwächen

- Die Insiderperspektive und der unvermeidliche Zeitdruck der Verwaltung wurde spürbar, es fiel ihr schwer, Informationen (z. B. zum Stand der Dinge) an Außenstehende knapp und verständlich vermitteln.
- Die Konflikte aus dem Gemeinderat ragten hier hinein; die Diskussion der unterschiedlichen Auffassungen von Beteiligung fand teils in heftiger Weise statt; der Konflikt kostete insbesondere in einer Sitzung erheblich Zeit und Nerven.
- Auch blieb unklar, inwiefern die FraktionsvertreterInnen ihre Aufgabe erfüllten, ihre Fraktionen zu informieren; insgesamt schienen die Gremien anscheinend recht getrennt voneinander (Gemeinderat, Begleitgruppe, Runder Tisch) zu sein, damit ist es fraglich, inwieweit die Verzahnung mit dem Gemeinderat gelang.
- Auch die Begleitgruppe musste unter einem gewissen Zeitdruck arbeiten, die ruhige Diskussion von Gestaltungselementen des Beteiligungsverfahrens war nicht immer möglich.

Runder Tisch

Stärken

- Zahlreiche VertreterInnen der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche erhielten eine Einladung, um ein breites Spektrum abzubilden.

- Über das Verfahren wurde umfangreich informiert.
- Einige Anregungen der TeilnehmerInnen wurden aufgenommen.

Schwächen

- Einige gesellschaftliche Bereiche fehlten, z. B. die Kirchen.
- Eine Moderation war kaum vorhanden.
- Die Einladung ging nicht allen zu.
- Der Raum (Gerichtslaube) war zu klein und ungeeignet bestuhlt.
- Die Aufgaben des Runden Tisches wurden nicht deutlich genug gemacht (nur Information? Auch Diskussion?). Entgegen ursprünglich formulierter Absichten wurde der Runde Tisch nicht als "Resonanzboden" genutzt, z. B. bei Frage der Teilnahme von GemeinderätInnen an der Stadtkonferenz.
- Es fand fast ausschließlich Information im frontalen Vortrag statt, eine echte Diskussion entstand nicht. Anregungen wurden aufgenommen oder abgelehnt, eine Beratung dazu war nicht möglich.
- Die Delegationsfunktion und Rückkoppelung der TeilnehmerInnen zu ihren Organisationen blieb unklar.
- Entsprechend schwach besucht war die zweite Sitzung des Runden Tisches.
- Es gab auch nur zwei Sitzungen.
- Es ist zweifelhaft, inwiefern der Runde Tisch die Multiplikatorfunktion erfüllt hat

Jugend-Begleitgruppe

Stärken

- Relativ breite Zusammensetzung, intensive und kreative Arbeit.

Schwächen

- Noch nicht die volle Breite der politisch engagierten Jugendlichen abgedeckt.

4.3 Mobilisierungs- und Informationsphase

Es gab eine Vielfalt und große Fülle an Informationen, die jedoch zu abstrakt und teilweise auch der bürokratisch-akademischen Sprache verhaftet waren. Die einzelnen Phasen sind hier näher beschrieben.

„Auftaktveranstaltung“ September 2007

Stärken

- Ein repräsentativer Veranstaltungsort (Historisches Kaufhaus), gut besucht,.
- Eine anschauliche Darstellung des Hamburger Modells (Haushaltsrechner).

Schwächen

- Manche Diskussionsbeiträge wurden übergangen.

Infobus

Stärken

- Es war sinnvoll, in die Stadtteile zu gehen, dorthin wo die BürgerInnen sind.
- Fachleute aus der Verwaltung nahmen teil.
- Teilweise sogar prominent besetzt, anfangs mit dem OB.
- durch Größe und Farbe auffällig, ein Blickfang

Schwächen

- Zu wenig Material und Informationen. Die Nutzung des Busses als Ausstellungs- und Kommunikationsort fehlte ebenso wie interaktive Informationsmöglichkeiten.
- Eine Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen fehlte, die auf den Termin hin hätten mobilisieren können.
- Der Stellplatz des Busses war nicht in jedem Stadtteil optimal.

Stadtteil-Informationsveranstaltungen

Stärken

- Die Informationen konnten wesentlich anschaulicher als in der Broschüre, auf der Ebene, an der die BürgerInnen interessiert sind, übermittelt werden: nämlich bei den konkreten öffentlichen Leistungen.
- Die Informationsveranstaltung in Weingarten wurde allgemein als die beste mit auch der besten Vorbereitung genannt. Hier bereiteten sechs Organisationen aus dem Stadtteil die Veranstaltung gemeinsam mit der Stadtverwaltung vor. Hier hatte der Name ‚Stadtteilkonferenz' seine Berechtigung.

Schwächen

- Für die Veranstaltungen in Zähringen und Mooswald gab es nach Einschätzung von BeobachterInnen zu wenig Werbung.
- Vielfach wurde empfunden, dass die Verwaltung Angst vor Konflikten hatte, deutlich erkennbar in Weingarten.

Jugend-Informationsveranstaltung

Stärken

- Es gab überhaupt ein spezielles Informationsangebot für Jugendliche.
- Das aus fast allen (Partei-)Jugendorganisationen gebildete Organisationsteam hat die Veranstaltung mit viel Engagement vorbereitet
- Der Oberbürgermeister persönlich nahm an der Informationsveranstaltung teil.

Schwächen

- Der Auftritt des Oberbürgermeisters sowie der Verwaltungsmitarbeiter wirkte wenig motivierend bzw. jugendgerecht.
- Insbesondere die Präsentation, übrigens fast dieselbe wie auf den anderen Informationsveranstaltungen, erschien langweilig und war nicht an die besonderen Bedürfnisse eines jungen Publikums angepasst (zu viele Fachausdrücke, viel zu lang und abstrakt).
- Die Broschüre (s.o.) lag bei der Veranstaltung noch nicht vor, so dass damit nicht gearbeitet werden konnte, und auch keine eigene Broschüre auf dieser Basis erstellt werden konnte.
- Die Vorbereitung seitens der städtischen Projektgruppe stand in starkem Kontrast zu der des jugendlichen Organisationsteams.
- Leider war auch die Resonanz mit weniger als zehn jugendlichen TeilnehmerInnen gering.

Jugend-Seminar

Stärken

- Auch hier ist vom jugendlichen Organisationsteam viel Engagement eingebracht worden.
- Auf diesem Seminar konnten im Vorfeld der Stadtkonferenz Vorschläge der Jugendlichen erarbeiten, die dann dort eingebracht wurden
- Ein weiteres Ergebnis des Seminars war der kurze Film, mit dem auf der Stadtkonferenz einige Voten der Jugendlichen anschaulich vermittelt wurden.

Schwächen

- Leider auch hier nur eine sehr geringe Resonanz bei den Jugendlichen.

Logo

Stärken

- kommunizierende Personen sichtbar

Schwächen

- zu grau, farblos, nicht lebendig genug; gebrochene Schrift, die schwer zu lesen ist und kraftlos wirkt

Plakate

Stärken

- Breite Verteilung (Straßenbahnhaltestellen, Litfaßsäulen), Nutzung des Logos

Schwächen

- Etwas zu farblos und textlastig.
- Nicht auffallend genug.
- Verschiedene Versionen konnten optisch nicht als verschieden wahrgenommen werden, da nicht genügend voneinander abgesetzt. Neue Ausgaben waren so nur schwer als neu erkennbar.

Abreißzettel in den Straßenbahnen

Stärke

- Ein gutes Mittel, um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen.

Information auf den städtischen Internetseiten

Stärken

- ansprechende Gestaltung
- durch Platzierung auf prominenter Stelle hervorgehoben (auf Startseite gut sichtbar)
- viele Informationen, z. B. die Informationsbroschüre als pdf-Datei zum Download

Schwächen

- die städtische Seite ist generell etwas unübersichtlich, die Navigation ist zu kompliziert, zu aufwendig.
- nicht alle Veranstaltungen/ Sitzungen waren dort vermerkt, z. B. fehlte die Hauptausschußsitzung vom 29.9.2008

Broschüre

Stärken

- Eine umfangreiche Berichterstattung zum städtischen Haushalt
- Ausführliche Information über das Beteiligungsverfahren

Schwächen

- Teils zu versteckt im Amtsblatt beigelegt (Zitat: „was, die war im Amtsblatt? Das les ich doch nicht! Für so was habe ich als Berufstätige keine Zeit, ich muss Prioritäten setzen. Die Broschüre hätte extra verteilt werden sollen, die hätte ich gerne gelesen!“)
- Zu kleine Schrift.
- Zu viel Text, zu wenig Grafiken.
- Zu wenig anschauliche Zahlen von städtischen Leistungen, wie sie BürgerInnen im Alltag erleben, stattdessen Ausrichtung auf die abstrakten und schwer durchschaubaren Haushaltstitel.
- Zu stark im bürokratischen Jargon gehalten („Fachchinesisch“).
- Die Bürgerinformation im Rathaus hatte direkt nach Erscheinen der Broschüre diese nicht vorrätig, konnte mit dem Wort Beteiligungshaushalt nichts anfangen.

Medien-Berichterstattung

Stärken

- Die Badische Zeitung berichtete meist sehr unterstützend und anschaulich, räumte dem Verfahren relativ viel Platz ein (auch im überregionalen Teil), erläuterte auch den eigentlichen städtischen Haushalt in umfangreicher und verständlicher Art.

Schwächen

- Die Badische Zeitung war gelegentlich etwas resignativ, noch bevor der Prozess begonnen hatte.
- Die Landesstiftung verhinderte durch bürokratische Hürden einen Fernsehbericht; sie verlangte vom SWR die Abbildung des eigenen Logos.
- In den kostenlosen Wochenblättern kam der Beteiligungshaushalt nur in einem Artikel vor.
- Die verschiedenen Stadtteilblätter schrieben wenig zu diesem Thema.

4.4 Konsultationsphase

Bürgerumfrage

Stärken

- Repräsentativ, vergleichbar, übliches Verfahren in der empirischen Sozialforschung

Schwächen

- Zielvorgaben wurden vom Städtetag übernommen und waren untauglich (vgl. Kritik weiter unten bei „Stadtkonferenz“).
- Es wurden nur BürgerInnen ab 18 Jahren befragt.
- Der Zeitpunkt lag zu früh, lange vor der Informationsphase.

Online-Haushaltsrechner

Stärken

- In mancher Hinsicht verdeutlichte er anschaulich die Abwägungsprozesse, den Stadtverwaltung und Gemeinderat vornehmen.
- Die Internet-Ansprache ist geeignet, um jüngere und techniknahe Menschen anzusprechen.

Schwächen

- Eine ungenaue Bedienbarkeit, zahlreiche Posten müssen zwangsläufig gekürzt werden.
- Ungenügende Information über das, was sich hinter den abstrakten Posten verbirgt, was die Folgen der Verschiebungen sind. BürgerInnen interessieren sich i.d.R. nicht für diese globale Ebene, sondern für einzelne, konkrete öffentliche Leistungen.
- Die Optik war aus der Sicht mancher Nutzer langweilig.
- Die Technik verlangt Flash Player, der von manchen Internet-Nutzern wg. Virenproblemen abgelehnt wird und somit als Zugangshürde wirkte.
- Die Werbung für den Haushaltsrechner erfolgte nur über Printmedien, nicht über das Internet selbst, die Zielgruppe hätte man direkter ansprechen können, wenn man im Medium Internet selbst Werbung macht (z. B. über StudiVZ, SchülerVZ oder ähnliche Seiten).
- Die Auswertung war problematisch und verzerrend („wie viele Bürger wollten bei Titel X sparen?“). Eine Darstellung mit Balken, die die verschiedenen Positionen (weniger/ mehr/ gleich viel Geld) enthalten und damit auf einen Blick nebeneinander erkennbar abbilden wäre realistischer gewesen.

Online-Diskussionsforen

Stärken

- eine sehr interessante Möglichkeit, eine bestimmte Zielgruppe anzusprechen, die daran gewöhnt ist, im Internet zu diskutieren.

Schwächen

- es stellt sich die Frage, ob die Zusammenfassung in den Wikis durch die Moderatoren nicht etwas zu viel „geglättet“ wurde, ein Diskutant hat sich (zusätzlich auch in einem BZ-Leserbrief) beschwert, seine Beiträge seien entfernt worden.

Stadtkonferenz

Stärken

- Die Moderation ermöglichte sehr häufig konstruktive Gespräche in einer Atmosphäre gegenseitiger Wertschätzung.
- Die Perspektive der Stadtteile konnte zum Zug kommen.
- Die TeilnehmerInnen konnten von abstrakten Haushaltstiteln zu konkreten städtischen Leistungen kommen und diese teils recht detailliert diskutieren und immerhin ansatzweise priorisieren.
- Die Bewirtung war sehr hilfreich, damit TeilnehmerInnen sich auf das Thema konzentrieren konnten, und wurde auch als Anerkennung gewertet.
- Die Kinderbetreuung durch Fachkräfte hat sich bewährt, sie hat die Eltern entlastet und ihnen die Teilnahme leichter gemacht.
- Der Auftritt von Professorin Christine Färber bezeichneten viele TeilnehmerInnen als das „Highlight“, als „DER Motivationsfaktor“ der Veranstaltung, weil er inhaltlich interessant und sprachlich sehr lebendig und anschaulich war, frei vom akademisch-bürokratischen Jargon.
- Sehr hilfreich war die Tafel für Kritik/ Vorschläge.
- Die Moderation war auch inhaltlich fachkundig.
- Aktive Rolle des OB war wichtig, insbesondere auch, dass er im Schlusswort auf wichtige Fragen der TeilnehmerInnen einging; auch die Anwesenheit der anderen DezernentInnen trug zur politischen Aufwertung der Versammlung bei.
- Wichtig, dass die Verwaltungs-Fachleute anwesend waren, zumindest für den Samstag,
- Die verschiedenen Methoden (Losverfahren, Stadtteile, Themen, Lebenslagen etc.), mit denen die Gruppen immer wieder gemischt wurden, waren ein großes Plus, da dies die „Cliquenbildung“ reduzierte und verschiedenste Menschen miteinander in Kontakt brachte. Auch das zügige Tempo der Gruppenarbeit und des Gruppenwechsels trug dazu bei.
- Das Setting, die Gruppen alle in einer Halle arbeiten zu lassen, führte zu einer Atmosphäre freundlicher Betriebsamkeit, in der die Gruppen sich gegenseitig anregten und beflügelten.
- Auch in den Pausen hielt sich diese Stimmung. Zitat einer Teilnehmerin: „ich konnte mit völlig fremden Leuten zwanglos ins Gespräch kommen, mit denen ich sonst nie zusammengekommen wäre. Ich habe Dinge erfahren, die ich sonst nie gehört hätte“.

- Dadurch ergaben sich vielfältige Kontakte, vom Flirten bis zur handfesten Projektanbahnung mit Sponsoren (eine Unternehmensvertreterin sagte die Finanzierung eines bildungsorientierten Stadtteilprojekts zu).
- Es war die richtige Entscheidung, die Konferenz am Schluss abzukürzen, da viele TeilnehmerInnen nach anderthalb Tagen in dieser Halle erschöpft waren.
- Eine bemerkenswert vielfältige Teilnehmerschaft - bezüglich Alter, Geschlecht, Stadtteilherkunft usw., darunter auch Arbeitslose und phasenweise Wohnungslose – diskutierte an diesen Tagen miteinander.

Fazit: Schnell, abwechslungsreich, spannend, konzentriert, effektiv

Schwächen

- Die **Zielformulierungen**, die die erste Arbeitsphase vorgaben, wurden zu Recht vielfach seitens der TeilnehmerInnen kritisiert: unvollständig, teils unverständlich bzw. nicht trennscharf definiert, teils nicht nachvollziehbar, Politikfelder kombinierend oder trennend, auch einseitig im Stadtmarketing-Stil geschrieben. Man hätte sie nicht einfach aus der Bürgerumfrage und damit vom Städtetag -übernehmen sollen. Hier gerieten in Konflikt einerseits die Zeitknappheit und das Interesse an Vergleichbarkeit mit anderen Städten, andererseits die Anpassung an die konkrete Freiburger Situation und die Vielfalt der in der Bevölkerung vorhandenen Interessen. Im Ergebnis hat dies Zeit gekostet und zu Unmut und Verzerrungen bei der Abstimmung geführt.
- Die daran angelehnte **Formulierung der „Lebenslagen"** (zur Einteilung in Gruppen in einer Arbeitsphase) war folgerichtig ebenfalls unvollständig, deshalb haben sich die Arbeitslosen darin nicht auf Anhieb wiederfinden können. Schließlich griffen sie zur Selbsthilfe und definierten die Gruppe „Handicap" neu, so dass auch Randgruppen/Arme/Arbeitslose dazu gehörten.
- Die **Priorisierung am Schluss** war eine Notlösung. Sie bezog sich auf eine zu abstrakte Ebene der Haushaltsposten, viele BürgerInnen hätten lieber konkrete städtische Leistungen priorisiert (das wäre aber vermutlich beim gegebenen Versammlungsdesign zeitlich nicht möglich gewesen). Außerdem waren die Themen der Prioritätensetzung am Ende der Konferenz nicht mit den Themen vergleichbar, die am Anfang der Konferenz bewertet werden konnten. Dies lag möglicherweise daran, daß die Priorisierung zu Beginn auf den Zielformulierungen basierte, die als Reaktion auf Kritik aus der Teilnehmerschaft noch während der Versammlung umformuliert wurden.
- Der Zuschnitt der Haushaltsposten war nicht immer nachvollziehbar; den Sachposten anteilsmäßig die Kosten der Dezernate zuzuschlagen, führte zu Verwirrung.
- Zu wenig ModeratorInnen. Die Gruppen hätten mehr Unterstützung gebraucht, einerseits wegen Konzentrationsmängeln bzw. Unerfahrenheit, andererseits wegen gelegentlichen Dominierungsversuchen von InteressenvertreterInnen, v.a. in der Arbeitsphase „Wunsch-Themengruppen", in der InteressenvertreterInnen sich konzentrieren konnten.
- Die Verwaltungs-Fachleute wurden am Freitagnachmittag nicht oder kaum gebraucht, im Veranstaltungsdesign war kein Arbeitsschritt vorgesehen, in dem ihre Auskünfte. notwendig waren, dies führte zu gewissen Frustrationen, die man nächstes Mal vermeiden sollte (allerdings hatten sie dadurch die Möglichkeit, die Diskussionen der BürgerInnen zu beobachten).
- Anscheinend konnten nicht alle Verwaltungs-VertreterInnen kompetent über ihren Bereich Auskunft geben, evtl. wären gelegentlich weniger hochrangige, aber besser informierte MitarbeiterInnen angemessener gewesen.
- Das Thema „Kürzungsvorschläge" vernachlässigten die meisten. (Die TeilnehmerInnen der Projektgruppe sind sich nicht einig, ob das wirklich eine Schwäche ist). Falls dieses Thema erneut auf der Tagesordnung stehen sollte, müsste dies methodisch klarer eingebaut werden.

- Das „Gender-Thema“ erfuhr eine unzureichende Bearbeitung, was zum Teil an einer ungenügenden Vorbereitung der TeilnehmerInnen auf dieses komplexe Thema lag.
- Der Oberbürgermeister wie auch der Vertreter der Landesstiftung sprachen etwas zu lang, im Verhältnis zur Gesamtdauer der Konferenz.
- Etwas zu viel Arbeitsphasen bzw. die insgesamt zu lange Dauer der Stadtkonferenz. Eine längere Mittagspause wäre notwendig gewesen – die Pausen waren wichtig!
- Die Halle war klimatisch nicht günstig, eine bessere Belüftung wäre notwendig gewesen.

4.5 Dokumentation und Beratung im Gemeinderat

Stärken

Der Ablauf und die Ergebnisse der drei Säulen der Beratung sind sehr ausführlich dokumentiert. Insbesondere die Dokumentation der Stadtkonferenz führt akribisch alle Positionen und Kärtchen auf, dadurch ist sie vollständig und vermittelt ein Bild der dort geleisteten Arbeit. Am 13. Dezember 2008 beschloss der Gemeinderat, 70.000 Euro für den nächsten Beteiligungshaushalt einzustellen.

Schwächen

Durch die Ausführlichkeit ist die Dokumentation sehr lang. Ihre Verarbeitung durch die GemeinderätInnen ist mit sehr hohem Aufwand verbunden. Am 16. September 2008 wurde die Dokumentation gleichzeitig mit dem Haushaltsplan-Entwurf dem Gemeinderat übergeben, jemand wog daraufhin diesen Papierberg und kam auf insgesamt 4,6 kg. Gleichzeitig sind die Bewertungen („Priorisierung“) durch die BürgerInnen nur auf der Ebene der abstrakten Haushaltstitel möglich gewesen, diese wurden mittels Abstimmungen in eine Rangfolge gebracht. Eine Bewertung der sehr zahlreichen konkreten Bürgervorschläge fand nicht statt. Daher liegt den GemeinderätInnen eine große Menge an nicht in eine Rangfolge gebrachten, sondern ungewichtet nebeneinander stehenden Vorschlägen vor, die sie zu verarbeiten haben. Die Bewertung und Einordnung liegt nun bei den Gemeinderäten, je nach Fraktion sieht diese Einordnung möglicherweise sehr unterschiedlich aus.

4.6 Rechenschaftsphase

Selbstevaluation

Sehr positiv zu vermerken ist die von den OrganisatorInnen vorgesehene Durchführung einer Evaluation des Verfahrens. Diese erlaubt gewisse Rückschlüsse z.B. auf die Effektivität bestimmter Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Diese Selbstevaluation findet mit Hilfe eines Fragebogens statt.

Rechenschaft

Die vorgesehene Rechenschaft in Form von mindestens einer Doppelseite im Amtsblatt ist begrüßenswert.

5 Empfehlungen

Im folgenden stellt die Projektgruppe Empfehlungen vor, die zu einer kurzfristigen Umsetzung noch im laufenden Beteiligungshaushaltsverfahren nützlich sein könnten.

Zum anderen machen wir Vorschläge für eine mittelfristige Planung, also für die nächsten Durchläufe eines Beteiligungshaushaltes, beginnend mit dem kommenden Doppelhaushalt 2011/ 2012, der im Lauf des Jahres 2010 durchzuführen wäre.

5.1 Kurzfristige Empfehlungen (für die letzte Phase dieses Durchgangs)

- **Ernsthafter Umgang mit den Bürgervorschlägen**: für das künftige Engagement der BürgerInnen ist es von besonderer Bedeutung, wie ernsthaft und wertschätzend mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung umgegangen wird. Die Debatte bei der Einbringung des Haushaltes 2010/2011 zeigte bereits, dass einige Fraktionen sich auf Bürgervorschläge beriefen. Nützlich wäre eine Gewichtung der Bürgervorschläge gewesen; dies hätte auch den GemeinderätInnen die Prüfung der Vorschläge erleichtert. Nun kommt es darauf an, den Rechenschaftsbericht über diesen Umgang mit den Bürgervorschlägen sorgfältig und nachvollziehbar zu gestalten.
- **Öffentliche Debatte über die Gestaltung**: Eine offene Diskussion über den bisherigen und den künftigen Beteiligungshaushalt ist anzustreben. Wie bereits häufig diskutiert, ist die **Bürgerbeteiligung bereits bei der Planung** ein Erfolgsfaktor für ein Beteiligungsverfahren. Daher sollte der „Runde Tisch Beteiligungshaushalt“ in seinen Aufgaben und seiner Zusammensetzung erweitert werden. Eine Moderation des „Runden Tisches“ ist hierbei wichtig. Das Motto der Beratung sollte sein: „Die Stärken würdigen und aus den Fehlern lernen“. Alle Akteure sollten die Chance jetzt nutzen, einen gemeinsamen Lernprozess konstruktiv zu gestalten. Die offizielle **Evaluation** des Prozesses, die für Januar/ Februar 2009 vorgesehen ist, sollte nicht nur im engeren Kreis von verwaltungsinternem Team und Begleitgruppe diskutiert werden, sondern auch im Gemeinderat und beim Runden Tisch. Es ist empfehlenswert, wenn bei dieser gemeinsamen Evaluation möglichst viele Akteure aus allen Säulen der Konsultationsphase vertreten sind.
- Ein **Gemeinderatsbeschluss** über die Gestaltung des nächsten Durchganges sollte nach dieser öffentlichen Debatte angesetzt werden.
- Das Beteiligungsverfahren zum Haushaltsplan 2011/ 2012 sollte jedenfalls im Lauf des **ersten Halbjahres 2009** klar sein, um mit ausreichend Vorbereitungszeit Ende 2009 oder Anfang 2010 beginnen zu können.

5.2 Mittelfristige Empfehlungen (für die nächsten Durchgänge)

5.2.1 Organisation und Gestaltung

Wir machten drei wesentliche Stressfaktoren für das Organisationsteam aus, durch die es streckenweise über die Grenze des Zumutbaren hinaus belastet wurde: der ***Zeitdruck*** (durch die unvermeidlich engen Fristen), der ***Aufgabendruck*** (der Beteiligungshaushalt war

eine zusätzliche Aufgabe) und der ***politische Druck*** durch die Konflikte außerhalb wie auch im Gemeinderat selbst. Diese Stressfaktoren zu verringern, ist wesentlich dafür, die Gestaltung des Beteiligungshaushaltes zu verbessern.

Den **Zeitdruck** kann der Gemeinderat mit einer einfachen Entscheidung beheben: rechtzeitig mit der Planung anzufangen. Der **Aufgabendruck** kann mit einer Entlastung des verwaltungsinternen Teams von anderen Aufgaben erreicht werden und zwar mit Hilfe von ausreichend Personalmitteln. Was den **politischen Druck** angeht – der kann verringert werden, wenn ein Konsens zumindest in einigen grundsätzlichen Aspekten möglich ist. Das wird davon abhängen, wie sich die politische Kultur entwickelt, also u.a. wie der Umgangsstil zwischen den GemeinderätInnen aussieht, ob also eine respektvolle Diskussion möglich ist. Dies im kommenden Kommunalwahlkampf möglich zu machen, ist eine Herausforderung für alle Beteiligten.

Unsere Empfehlungen im Einzelnen:

- **Mehr Zeit**: um den Zeitdruck zu vermeiden, der beim laufenden Beteiligungshaushalt unvermeidbar war, sollten Planung und Vorbereitung des nächsten Durchganges frühzeitig beginnen. Das ganze Verfahren sollte auch in Hinblick auf die Haushaltsberatungen so terminiert werden, dass die Beteiligungsphase deutlich vor dem Verwaltungs-Haushaltsplanentwurf stattfindet, damit die Ergebnisse dort ggf. einfließen können. Ein Beginn des Verfahrens Ende 2009 ist daher empfehlenswert.

- **Ausreichend Personalkapazitäten**: Angemessene Personalkapazitäten sind wichtig für das gesamte Gelingen des Verfahrens. Die mit der Durchführung des Beteiligungshaushaltes betrauten VerwaltungsmitarbeiterInnen sollten von anderen Aufgaben entlastet sein. Die Federführung sollte weiterhin hochrangig angesiedelt sein: Der Beteiligungshaushalt sollte als Daueraufgabe verstanden werden. Aus diesen Gründen empfehlen wir die Bildung einer Stabsstelle für Bürgerbeteiligung, die insbesondere für die Durchführung des Beteiligungshaushaltes zuständig ist, aber auch generell das Beteiligungs-Know-how innerhalb der Verwaltung bündelt, die Bürgerbeteiligung qualifiziert, koordiniert und dafür eng mit den in den verschiedenen Ressorts der Verwaltung mit der Bürgerbeteiligung beauftragten MitarbeiterInnen zusammenarbeitet.

- **Qualifizierung zu Partizipationsmanagement**: Auch eine Vertiefung der Kompetenzen zum Partizipationsmanagement ist zumindest für die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe und die Begleitgruppe Beteiligungshaushalt sinnvoll. Beispielsweise sind Seminare zur effektiveren Öffentlichkeitsarbeit mithilfe des Konzepts der Sozialen Milieus ausgesprochen hilfreich. Eine realistische Einschätzung der Beteiligungsmöglichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligungsverfahren, die bislang weitgehend auf wenige Bevölkerungsgruppen zugeschnitten sind. Dieses Modell erlaubt es, „genauer hinzusehen“, d.h. die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensstile der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und deren höchst verschiedene Mediennutzung und Beteiligungsbereitschaften bei der Gestaltung von Beteiligungsverfahren gezielt zu berücksichtigen. Seine Nutzung kann erheblich dazu beitragen, Menschen aus mehr Sozialen Milieus für ein Beteiligungsverfahren zu gewinnen.

- **Zivilisierung der politischen Kultur**: Bedeutende Freiburger Konflikte ragten in den Beteiligungshaushalt hinein. Zum konstruktiven Umgang mit Konflikten halten wir es für hilfreich, folgendes zu beachten: Die neuen Beteiligungsverfahren sind Teil eines Demokratisierungsschubs, der den jahrhundertelangen Demokratisierungsprozess fortsetzt. Dabei werden die politischen Institutionen weiter zivilisiert. Dies ist immer dann erfolg-

reich, wenn nicht nur Institutionen verändert oder ergänzt werden, sondern auch die politische Kultur, also die Gewohnheiten des Umgangs miteinander im politischen Bereich. **Wer den Beteiligungshaushalt will, muss seinen Beitrag zur Zivilisierung der Konfliktaustragung leisten.** Der hier angedeutete kulturelle Wandel hin zu mehr Demokratie verlangt, dass Kompetenzen in Moderation und Mediation zu Zivilisationstechniken werden wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Fortbildungen hierzu sollten zunächst für alle Akteure in Betracht gezogen werden, die im engeren Sinn mit dem Beteiligungshaushalt befasst sind, also zumindest für das Team Beteiligungshaushalt und die Begleitgruppe.

- **Leitlinien für die Gestaltung des Beteiligungshaushaltes**: Um Planungssicherheit für ein regelmäßig wiederholtes Beteiligungsverfahren zu schaffen, die Verzahnung mit der offiziellen Haushaltsdebatte zu sichern und den Zeitdruck zu verhindern, sollte das Konzept des Beteiligungshaushaltes einschließlich aller seiner Fristen (für Information, Beteiligung, Beratung im Gemeinderat, Rechenschaft, Evaluation, Gestaltungsdiskussion) vom Gemeinderat verabschiedet werden.

- **Beteiligung stärker für Jugendliche öffnen**: Die Erfahrungen mit der Jugendbeteiligung zeigen, dass noch manche Hürden abzubauen sind, die besonders einer Beteiligung von Jugendlichen entgegenstehen. Alle auch für Erwachsene wichtigen Merkmale von Beteiligungsverfahren sind für Jugendliche besonders wichtig, beispielsweise die Anschaulichkeit der Information, die Lebendigkeit von Vorträgen oder die Transparenz des Verfahrens. Um Jugend-Gesichtspunkte in die Gestaltung des Verfahrens einfließen zu lassen, ist die enge Verzahnung der Stabsstelle Bürgerbeteiligung mit den Fachleuten für Jugendbeteiligung (u.a. Jugendbüro) wichtig. Eine Zusammenarbeit mit den Freiburger Schulen ist zu prüfen, um die Jugendlichen dort zu erreichen, wo sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringen. Besonders ein auf Jugendliche zugeschnittenes Informationsmaterial ist zu entwickeln; zu prüfen wären u.a. Comics und Computerspiele rund um das Thema Haushalt, wobei dies nicht von einer Kommune allein geleistet werden kann, weshalb hierfür das Gespräch mit Landesbehörden und Stiftungen zu suchen ist. Jugendspezifisch wäre vor allem das Internet stärker als bisher im Sinne des interaktiven „Web 2.0“ zu nutzen. Die Bürgerumfrage sollte sich nicht nur an BürgerInnen ab 18, sondern bereits ab 14 Jahren richten. Gerade für Jugendliche ist es wichtig, die Diskussion nicht anhand abstrakter Haushaltstitel, sondern über konkrete städtische Leistungen zu führen.

- **Verzahnung mit dem Gemeinderat vertiefen**: Für den Erfolg eines solchen neuen, groß angelegten Beteiligungsverfahrens ist eine stabile Verzahnung mit dem Gemeindeparlament wichtig, da dieses nach der Gemeindeordnung der zentrale Akteur in der Kommune ist. Auch gibt es bei GemeinderätInnen verschiedene Bedenken, auf die eingegangen werden sollte: manche spüren eine Rollenunsicherheit (was tun angesichts der durch neue „Arenen“ veränderten politischen Umgebung?); andere mögen den Verlust von Einfluss, Anerkennung und Ansehen durch „Nebenparlamente“ befürchten; wieder andere sorgen sich mit einer demokratisch motivierten Skepsis über nicht repräsentativ zusammengesetzte neue Gremien und deren eventuelle Dominierung durch bestimmte VertreterInnen. Um diese Bedenken auf seriöse Weise auszuräumen, ist eine tragfähige Verbindung zwischen Gemeinderat und neuen Beteiligungsverfahren notwendig. Darüber hinaus erhöht eine gelungene Einbindung kommunaler Entscheidungsträger die Chance auf eine Umsetzung der Beteiligungsergebnisse, damit den Nutzen für die teilnehmenden BürgerInnen und also deren Beteiligungsbereitschaft. – Im Beteiligungshaushalt wurde diese Verzahnung bisher mit der Einrichtung einer gemeinderätlichen Begleitgruppe angegangen; dies lässt sich noch sinnvoll ausbauen:
  - Einem **gemeinderätlichen Ausschuss** sollte die Zuständigkeit für die Politikfelder **Bürgerbeteiligung** und **Bürgerengagement** ausdrücklich zugewiesen werden (wie es in anderen Kommunen bereits der Fall ist).

- **GemeinderätInnen sollten während aller Phasen und auch an den Versammlungen** des Beteiligungsverfahrens **teilnehmen**. Dies ist eine weitere Notwendigkeit, wenn man das Modell der **kooperativen Demokratie** vor Augen hat: BürgerInnen, Verwaltung und Gemeinderat diskutieren auf gleicher Augenhöhe über die kommunalpolitischen Fragen. Hierzu sind gewisse Voraussetzungen zu schaffen, damit GemeinderätInnen weder Versammlungen dominieren noch sich völlig daraus zurückziehen. Unter anderem wäre vermutlich ein Verhaltenskodex von GemeinderätInnen sinnvoll, der u.a. eine Selbstverpflichtung zur Zurückhaltung enthält.

- **Beteiligungsgegenstand öffnen**: Der Bereich, über den BürgerInnen beraten und ihre Prioritäten setzen, sollte schrittweise erweitert werden. Dazu gehört unter anderem, dass BürgerInnen auch über die Einnahmenseite des städtischen Haushalts diskutieren und dazu Vorschläge machen können.

5.2.2 Informationsphase

- **Verständlicher**: Der Haushalt sollte generell verständlicher dargestellt werden. Generell heißt: nicht nur die Broschüre zum Beteiligungshaushalt muss gründlich überdacht werden, sondern auch die reguläre Darstellung für den Gemeinderat. Davon profitieren VerwaltungsmitarbeiterInnen (einschließlich der DezernentInnen) ebenso wie GemeinderätInnen und BürgerInnen. Die ohnehin anstehende Umstellung auf den Produkthaushalt kann ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein.

- **Kräftige Schriften und Farben**: Alle Medien (Faltblätter, Broschüre, Plakate etc.) sollten in kräftiger, ausreichend großer Schrift und kräftigen Farben gestaltet sein.

- **Mehrsprachig**: Zumindest manche der Medien sollten mehrsprachig erscheinen, um MigrantInnen besser zu erreichen. Auch eine Einbindung der MigrantInnenorganisationen ist zu bedenken.

- **Barrierefreiheit:** barrierefreie Information und Teilnahmemöglichkeit für Menschen mit Behinderung.

- **Broschüre**: Die Broschüre zur Information der BürgerInnen sollte in größerer Schrift, in besser verständlicher Sprache, mit weniger Text und mehr Grafiken gestaltet werden. Soweit „Fachchinesisch“ unvermeidbar scheint, muss es in einem Glossar leicht verständlich erklärt werden. Die Information über größere Haushaltstitel (Gesamtausgaben) sollte auf weniger Platz abgehandelt werden. Auf dem so gewonnenen Platz sollten diese abstrakten Zahlen anschaulich gemacht werden, indem man sie auf einzelne, von BürgerInnen im Alltag erlebte und vorstellbare Leistungen „herunterbricht“, z. B. städtische Zuschüsse pro Bad-Besuch, pro Kindergartenplatz, pro SchülerIn oder Kosten eines Feuerwehreinsatzes, von einmal Schneekehren im Winter, einer Stunde Hallennutzung usw. Dies ist entscheidend für die Anschaulichkeit dieser Broschüre. Andere Kommunen machen dies bereits, Beispiele dafür liegen der Stadtverwaltung vor. Auch die Verteilung der Broschüre sollte gründlich überdacht werden. An vielen BürgerInnen ist sie offensichtlich vorbeigegangen. Die Verteilung mit einer kostenlosen, nicht von allen BürgerInnen im Briefkasten gewünschten Wochenzeitung, die auch deshalb oft vom Verteiler im Hauseingang gestapelt wird, ist möglicherweise nicht die effektivste. Auch als Beilage im Amtsblatt, das von vielen BürgerInnen nicht gelesen wird, ist das nicht ausreichend.

- **Stadtteilblätter**: Die Pressearbeit sollte die Stadtteilblätter einbeziehen, die z. B. von Bürgervereinen herausgegeben werden.

- **Runder Tisch**: Der „Runde Tisch Beteiligungshaushalt“ sollte besser als bisher als Multiplikator und Werber für den Beteiligungshaushalt genutzt und entsprechend in Zusammensetzung und Arbeitsweise ausgestaltet werden.

- **Transparenz des Verfahrens**: Nicht nur über den Haushalt muss größere Klarheit herrschen, auch das Verfahren sollte stärker transparent sein, um zugänglicher zu sein. Jede Unklarheit wirkt sich letztlich als Zugangshürde aus. Hierfür sollten die Informationen zum Verfahrensablauf besser platziert und mehr grafische Elemente dafür verwendet werden.

- **Internet**: Die Internet-Seite für den Beteiligungshaushalt sollte Informationen über alle Aspekte und Phasen des Beteiligungshaushaltes enthalten, nicht nur über die Online-Beteiligung. Eine regelmäßig aktualisierte Zeitleiste wie bei der Seite des Beteiligungshaushaltes Berlin-Lichtenberg erhöht die Transparenz des Verfahrens deutlich. Diese Zeitleiste sollte zu kurzen Texten verlinkt sein, die die Phasen des Prozesses erläutern.

5.2.3 Beteiligungsphase

- **Instrumentenmix**: Um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen bzw. das Verfahren für Menschen mit unterschiedlichen Lebenslagen, Lebensstilen, Mediennutzung usw. sichtbar und attraktiv zu machen, ist eine Mischung aus verschiedenen Beteiligungsangeboten notwendig. Dies bezieht u.a. Umfragen, Online-Diskussionen und Versammlungen ein.

- **Vom abstrakten Titel zu konkreten Leistungen**: Diese Instrumente müssten inhaltlich klar umgebaut werden: weg von den Vorschlägen und Bewertungen auf Ebene abstrakter Haushaltstitel/Produktbereiche (die kaum jemand wirklich versteht), hin zu Vorschlägen und Bewertungen auf der Ebene konkreter städtischer Leistungen (die eigentlich das einzige sind, was BürgerInnen wirklich interessiert, und wo sie eine gute Chance haben, es zu verstehen). Was entscheidend ist: die BürgerInnen sollen ihren Bedarf und ihre Prioritäten klar abgeben können, indem sie konkrete städtische Leistungen vorschlagen und priorisieren. Unter den Vorschlägen können natürlich auch Sparvorschläge sein, die sollten dann genauso priorisiert werden. Das Sortieren der Vorschläge zu Produktbereichen und das Berechnen ihrer finanziellen Auswirkungen können dann die Fachkräfte in der Verwaltung übernehmen. Dieses Umbauen zu konkreten Leistungen sollte bei allen Instrumenten stattfinden:
  - Bei der **Bürgerumfrage**: ein paar freie Zeilen genügen. Bewerten kann man die Gesamtheit der gemachten Vorschläge dann als BürgerIn zwar nicht direkt, aber immerhin ergibt sich eine Priorisierung durch die Auswertung.
  - Bei der **Internet-Plattform**: das aktuelle Beispiel Köln zeigt, wie dies möglich ist (deren Beteiligungshaushalt ist in genau der gleichen Phase wie der Freiburger). Dort konnten die BürgerInnen einfach Vorschläge machen, miteinander verknüpfen und mit Pro oder Contra bewerten.[11] Auf diese Weise entsteht sofort eine für alle Akteure

[11] https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de

transparente Prioritätenliste; die Liste der Vorschläge ist dadurch eindeutig gegliedert.

- Gleiches gilt für die **Versammlungen**, wie Berlin-Lichtenberg[12] zeigte: die enorm langen Freiburger Dokumentationen kann man damit verringern auf einen bewältigbaren Seitenumfang.

- **Instrumente besser verzahnen**: Wir empfehlen auch zu prüfen, diese drei Instrumente nicht nur einander inhaltlich anzugleichen (= alle auf konkrete Leistungen umpolen), sondern auch miteinander inhaltlich zu verzahnen, also nacheinander ablaufen und die Ergebnisse des einen in das nächste Instrument einfließen zu lassen (im Sinne einer „Kaskade"). Dies kann z.B. so aussehen, dass die Ergebnisse (die konkreten Vorschläge) der Bürgerumfrage gleich in die Internet-Plattform eingegeben werden, damit sie dort priorisiert werden können. Wenn wir drei Instrumente unverbunden nebeneinander stehen haben, bewirkt dies einen hohen Aufwand sowohl in der Dokumentation als auch vor allem für die Auswertung durch den Gemeinderat, mit der Folge der Beliebigkeit bzw. Unverbindlichkeit der Bürgervoten. Eine Verzahnung hätte zur Folge, dass am Ende ein Ergebnis steht, was die Dokumentation erleichtert, die Ergebnisse für alle Akteure transparenter macht, die Arbeit für die GemeinderätInnen erleichtert und es also begünstigt, dass die BürgerInnen ihre Vorschläge und Voten ernst genommen sehen.

- **Vorrang für Versammlungen**: Unter den verschiedenen Instrumenten sind für die Projektgruppe Beteiligungshaushalt die Versammlungen die wichtigsten. Im Zweifel steht für uns eindeutig das direkte Gespräch im Vordergrund, das auf Versammlungen möglich ist. Erst das Gespräch auf Versammlungen ermöglicht den Lernprozess in der gemeinsamen politischen Willensbildung, der das Beteiligungsverfahren auch zu einem Prozess der politischen Bildung macht. Und erst Versammlungen ermöglichen die konstruktive Aushandlung verschiedener Interessen und die Schaffung von „Win-win-Situationen", bei denen alle beteiligten Akteure gewinnen. Dieser Lernprozess und diese Aushandlungsmöglichkeit zählen für uns zu den wichtigsten Qualitätskriterien demokratischer Prozesse.

- **Repräsentativität von Versammlungen**: hier sieht die Position der Projektgruppe wie folgt aus: Selbstverständlich ist es ein zentrales Ziel einer Demokratisierung, alle Bereiche der Stadtgesellschaft in die gemeinsame politische Willensbildung einzubeziehen. Aber dies ist ein langfristiges Ziel. Es muss nicht ein zentrales Kriterium für Versammlungen im Anfangsstadium eines solchen groß angelegten Beteiligungsverfahrens wie des hier behandelten sein. Repräsentativität kann angesichts der derzeit bestehenden hohen Beteiligungshürden nur über die Jahre wachsen, ihr anfänglicher Mangel sollte nicht zum Negativ-Argument gegen Beteiligung werden, damit hängt die Messlatte zu hoch und das Verfahren ist zu negativ bewertet. Auch öffentliche Wahlen sind nicht völlig repräsentativ, auch sie enthalten ganz offensichtlich Beteiligungs-Hürden. Viel wichtiger ist, dass in diesem neuen Beteiligungsverfahren ein Lernprozess stattfindet, und dass auch Vertrauen entsteht, dass sich die Zeit-Investition der BürgerInnen in diese Beteiligung lohnt, da der Gemeinderat ernsthaft mit den Ergebnissen umgeht. Arbeitsprinzip sollte sein, keine engagierten, interessierten Leute abzuweisen, sondern die fehlenden beim nächsten Mal dazu zu holen. Dazu sollten wir lernen, in Veranstaltungen Bedingungen zu schaffen, die das Ungleichgewicht in der Teilnehmerschaft ausgleicht. Die Stadtkonferenz enthielt schon sehr vielversprechende Elemente dazu. Die o.g. Vertiefung der Kompetenzen im Partizipationsmanagement kann dazu beitragen, Beteiligungsangebote zu schaffen, die die verschiedensten sozialen Milieus ansprechen.

[12] http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/

- **Neues Modell für Versammlungen**: Die Stadtkonferenz war zwar einerseits eine spannende Erfahrung, andererseits wurden auch die Schwächen einer solchen Groß-Veranstaltung sichtbar, die den teilnehmenden BürgerInnen mit Vorbereitungsterminen den Aufwand von etwa zwei Tagen abverlangte. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sollten sich die Hürden zur Beteiligung verringern. Dazu schlagen wir vor, die Dauer der Versammlungen zu senken und sie zu dezentralisieren, d.h. Versammlungen nicht nur auf gesamtstädtischer Ebene abzuhalten. Dadurch wird der Weg zum Versammlungsort physisch wie psychisch kürzer, und es steht mehr Zeit zur Verfügung, die Bedürfnisse eines Stadtteiles zu diskutieren. Je mehr BürgerInnen teilnehmen, desto mehr wird auch das Gewicht von Interessengruppen relativiert (deren Teilnahme jedoch nach wie vor legitim und wegen ihrer Bündelungsfunktion wichtig bleibt). Wir schlagen ein **dreistufiges Modell** vor:
  - **Stadtbezirke**: Der Hauptteil der Versammlungen sollte auf Stadtbezirksebene stattfinden. Diese Stadtbezirke sollten mehrere Stadtteile zusammenfassen und können ungefähr so zugeschnitten werden wie beim Beteiligungsverfahren zum Flächennutzungsplan; u.U. sollte es etwas mehr (6-8) Bezirke geben. Damit ist der Zugang für BürgerInnen schon deutlich erleichtert, die Schwelle zur Beteiligung ist gesenkt. Diese Bezirksversammlungen sollten von der Stadtverwaltung und externen ModeratorInnen organisiert werden.
  - **Stadtteile**: Diesen Bezirksversammlungen sollten Versammlungen in den Stadtteilen vorgelagert sein. In den Stadtteilen ist der Zugang für die BürgerInnen am leichtesten. Hier kann in Ruhe über den Haushalt und das Beteiligungsverfahren informiert und können die Vorschläge und Prioritäten für die Bezirksversammlungen vorbereitet werden, was diese zeitlich entlastet. Diese Versammlungen sollten nicht von der Stadtverwaltung, sondern von örtlichen Organisationen organisiert werden, wofür modellhaft die Informationsveranstaltung 2008 in Weingarten steht, bei der sechs Stadtteil-Organisationen zusammenarbeiteten. Die Stadtverwaltung sollte diese Stadtteilversammlungen jedoch anregen und wie in Weingarten unterstützen (z.B. durch Referenten und Ankündigung der Termine). Wo es sich anbietet, können diese Stadtteilversammlungen mit den Stadtteilentwicklungsprozessen verknüpft werden, was Ressourcen (Zeit, Arbeitskraft) sparen könnte.
  - **Stadt**: Auf städtischer Ebene sollte es keine „Konferenz“ mehr geben, sondern nur ein Gremium, das im wesentlichen Redaktionsfunktion hat. Dieses hat "nur" noch die Aufgabe, die regionalen Ergebnisse zusammenzuführen.

- **Moderation**: Die professionelle Moderation von Versammlungen hat sich bei der Stadtkonferenz bewährt. Sie hat dazu beigetragen, eine effektive, gleichberechtigte und von gegenseitiger Wertschätzung getragene Diskussion zu ermöglichen. Dies sollte beibehalten und ausgeweitet werden. Zur finanziellen Entlastung sollte geprüft werden, wie beim Beteiligungsverfahren zum Flächennutzungsplan verstärkt mit ehrenamtlichen ModeratorInnen zusammenzuarbeiten. Die hauptamtlichen ModeratorInnen sollten eher von außerhalb Freiburgs kommen, um als neutral wahrgenommen zu werden.

- **Bewirtung** und **Kinderbetreuung** haben sich bei der Stadtkonferenz bewährt und sollten weiterhin vorgesehen werden. Sie senken die Hürden für die Beteiligung, v.a. wenn dieses Angebot bekannter wird. Weitere attraktivitätssteigernde Elemente sollten geprüft werden.

- Ab dem dritten oder vierten Durchgang sollten die Stadtbezirksversammlungen ergänzt werden durch stadtweite **thematische Versammlungen**. Diese ermöglichen es, die von den Stadtteilen angemeldeten Bedürfnisse in einen gesamtstädtischen Zusammenhang zu stellen und auch, weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen.

Kritik
Ideen
Armut - kommt nicht vor
bei Essensangebot, bitte auch für Vegetarier/innen!
Nicht Alles Bauträgern überlassen.
Die Bodenfolie riecht giftig! Weichmacher? → Kopfweh!
Fragen zu wenig trennscharf und sich überschneidend.
"Schiefer" Kulturbegriff durch Verquickung mit Freizeit
soziale Chancengleichheit als Ziel fehlt!
Weniger Populismus in den Reden (auch zu Fußballkarten?)
Es gibt nur Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt
Eine Stadt ohne Ausgrenzung
attraktiv = sozial verträglich!
Welche Ziele sollte Freiburg erreichen?
(1) ...durch Bildung und Wissenschaft attraktiv sein
(2) ...wirtschaftsfreundlicher Standort sein
(3) ...attraktives Zentrum und Einkaufstadt sein
(4)...durch Kultur und Freizeitangebote attraktiv sein
(5) ...eine Stadt mit hohen Qualitäten im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sein
(6) ...eine Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien sein
(7) ...eine Stadt des bürgerschaftlichen Engagements/der Mitwirkung sein
(8) ...eine Stadt der guten Nachbarschaft für Deutsche und Ausländer sein
(9) ...eine Stadt, die sich für die Belange älterer Menschen einsetzt
(10) ...eine Stadt, die sich für gleiche Chancen von Frauen+Männern einsetzt
(11) ...ein attraktiver Wohnstandort sein
Auswertung des Teilnehmendenfeldes
AUSWERTUNG TEILNEHMENDENFELD
328 Personen meldeten sich zur Teilnahme an der Stadtkonferenz an. Davon sind
154 Frauen und 174 Männer
Die Anmeldezahlen von Männern und Frauen sind fast ausgeglichen.
AUSWERTUNGSKRITERIEN
ALTERSVERTEILUNG